

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/159

20. August 1976

Biedenkopf will die Frauen für dumm verkaufen

Die wahren Hintergründe der CDU-"Frauen-Initiative"

Von Elfriede Eilers MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums und Bundesvorsitzende
der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Seite 1 / 43 Zeilen

Letzte Versuche für Helmut Kohl

Springer-Presse erfragt den "idealen" CDU-Kanzler

Von Helga Timm MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion
im Bundestag

Seite 2 / 39 Zeilen

Entlarvt sich die Saar-CDU als Funkhaus-Stürmer?

Privat-Lizenzierung wird zu einer gefährlichen Waffe

Seite 3 / 38 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Jesus und die Freiheit

Seite 4 und 5 / 50 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 406
Pressenhaus I, Zimmer 217-221
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 06 88 246-43 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Biedenkopf will die Frauen für dumm verkaufen

Die wahren Hintergründe der CDU-"Frauen-Initiative"

Von Elfriede Eilers MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums und Bundesvorsitzende
der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Mit seiner Erklärung zur sogenannten "CDU-Frauen-Initiative" schlägt sich der Generalsekretär Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf selbst ins Gesicht. Zwei Seiten lang rückt er die Leistungen der CDU für die Frauen in das "rechte" Licht. Vom Nutzen dieser Bemühungen scheint er allerdings selbst wenig zu halten, denn nicht diese angeblichen Leistungen sollen die Frauen zu einer Stimmabgabe für die Union bewegen, sondern der "Trend".

Nach Auffassung Biedenkopfs werden "Frauen in ihrer Wahlentscheidung maßgeblich vom Trend beeinflusst", und den will die CDU mit ihrer recht späten Fraueninitiative herbeizwingen. Eine solche Haltung diskriminiert nicht nur alle Wählerinnen, sie beweist auch, daß die CDU ihr Terrain bei den Frauen als verloren aufgibt. Hinter der sogenannten "Fraueninitiative" steht nämlich nichts anderes als ein paar Autoaufkleber, Buttons und kommerzielle Plakatierung.

Das dürften allerdings nicht die richtigen Mittel sein, den CDU-Verlust des Jahres 1972 an Frauenstimmen in Höhe von 4,6 vH aufzuholen, da muß dann schon der "Trend" erhalten. Zumal man im Wahlprogramm der Union das von dieser Partei lauthals verkündete und als die Lösung der Frauenprobleme angepriesene Erziehungsgehd vergeblich sucht. Da war wohl Strauß am Werke, der schon in Sonthofen dieses Erziehungsgehd-Modell als Utopie entblättert hatte.

Und auch die sogenannte "Partnerrente" hat einen erheblichen Pferdefuß: die Finanzierung der Leistungen für Hausfrauen. Einerseits lamentiert die Union über die Finanzierung der Rentenversicherung, andererseits will sie die Frauen glauben machen, daß sie ihnen Renten ohne entsprechende Beitragsleistung kostenneutral, d. h. ohne Beitragserhöhungen, zahlen könne. Hier bleibt nur noch die Feststellung: So dumm sind die Frauen nicht, Herr Biedenkopf! Sie wußten schon 1972, daß eine über 20jährige CDU-Regierung nichts wesentliches für sie erbracht hatte. Die CDU packte die Verwirklichung des Gleichberechtigungsgesetzes von 1957 immer nur zögernd an. Die wesentlichen Gesetze zur Gleichstellung der Frauen, wie z. B. die Neuregelung des Ehe- und Familienrechts, blieben der Koalitionsregierung von SPD und FDP vorbehalten. Auch heute noch setzt die CDU Frauenpolitik gleich mit Familienpolitik, und die erschöpfte sich in CDU-Zeiten in der Zahlung eines minimalen Kindergeldes für Mehr-Kinder-Familien.

Die Leistungen der SPD für die Frauen sind Teil einer umfassenden Gesellschaftspolitik, die Gleichberechtigung und Solidarität in allen Lebensbereichen anstrebt. Dieser konsequenten Politik ist mit dem "Trend" nicht beizukommen. Der 3. Oktober wird beweisen: Frauen wählen SPD!

(-/20.8.1976/mie/e)

+ + +

Letzte Versuche für Helmut Kohl

Springer-Presse erfragt den "idealen" CDU-Kanzler

Von Dr. Helga Timm MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im Bundestag

Wenn jemand gefragt wird: "Möchten sie lieber arm und krank oder reich und gesund sein?", dürfte die Antwort kaum zweifelhaft sein. Einer vergleichbaren Fragetechnik bediente sich unlängst Axel Springers "Bild am Sonntag" gegenüber seinen Leserinnen, um ihnen den CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl als Bundeskanzler schmackhaft zu machen.

"Soll er in erster Linie energisch und ehrgeizig auftreten? Soll er ein glänzender Redner sein? Soll er hart und kompromißlos handeln - oder ist es den Frauen wichtiger, daß er vertrauens-erweckend und väterlich regiert, daß er unbestechlich und ehrlich ist?" Hier bereits würde der Berliner sagen: "Nachtigall, ick hör' dir trepsen."

Plumper geht's nicht mehr. Hier sollen offenbar bestimmte Personen durch Gegenüberstellung von Eigenschaften unterschwellig erkennbar gemacht werden - Eigenschaften, die bei näherem Hinsehen einander keineswegs widersprechen, von denen man aber wohl annimmt, daß sie bei den Leserinnen Sympathie oder Antipathie auslösen. Wohl gemerkt: bei Leserinnen. Da kann man nur fragen, wo sitzt der Psychologe, der "Bild am Sonntag" sagt, wie Frauen sind und auf was sie reagieren. Ist es derselbe, der Dr. Kohl berät? Man sieht sie förmlich am Werke, Kohls aus Österreich importierter Medienberater Gerd Bachter und Springers Sonntagsschreiber Peter Boenisch, wie sie den idealen "neuen Bundeskanzler" aus der Trickkiste zaubern. Es entbehrt nicht der Komik, wenn krampfhaft nach dem "neuen", nicht etwa nach dem "künftigen" Bundeskanzler gefragt wird.

Wen kann's denn noch wundern, wenn mit der Mehrzahl der 20 abgedruckten Zuschriften versucht wird, als Wunsch von Frauen dem "neuen Bundeskanzler" Eigenschaften zu suggerieren, von denen man offenbar meint, sie seien für den Mainzer Landesherr kennzeichnend.

Gleich die als Schlagzeile wiedergegebene erste Antwort lautet: "Unser Kanzler muß ehrlich und unbestechtlich sein." Eine zweite Leserin wünscht sich mit unübertrefflicher Deutlichkeit "einen wirklichen deutschen Mann", der "groß gewachsen ist und gut aussieht ...". Ein solcher ist dann auch prompt neben den Zuschriften abgebildet. Helmut Kohl im Kreise seiner Familie. Helmut Schmidt und Frau Hannelore werden mit einem kleineren Foto auf den zweiten Platz verwiesen. Das alles, obwohl allein Helmut Schmidt mit Namen von einigen Leserinnen als gewünschter Kanzler ausdrücklich genannt wird, so von einer Frau aus Hamburg mit lakonischer Präzision, der nichts hinzuzufügen ist: "Helmut Schmidt hat alles, was ein Kanzler braucht."

Eine Aussage, zu der sich offenbar keine "Bild am Sonntag"-Leserin in Bezug auf Helmut Kohl durchringen konnte. Wen wundert's!

(-/20.8.1976/mie/s)

Entlarvt sich die Saar-CDU als Funkhaus-Stürmer?

Privat-Lizenzierung wird zu einer gefährlichen Waffe

Im Saarland droht durch CDU und Privatunternehmen ein Übergriff auf das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem, wie er bisher ohne Beispiel ist. Christdemokratische Medienstrategen gründeten, gefördert von Geldgebern aus Politik und Wirtschaft, die kommerzielle "Freie Rundfunk Aktiengesellschaft" (FRAG), die von der saarländischen CDU-Landesregierung jederzeit eine Konzession zur Ausstrahlung von Hörfunksendungen erhalten kann, weil das Saarland als einziges Bundesland in seinem Rundfunkgesetz von 1968 einen Privatfunk-Paragrafen hat. Versuche der SPD- und FDP-Landtagsfraktionen, dem christdemokratischen Medienspuk durch eine Änderung des Rundfunkgesetzes ein Ende zu bereiten, scheiterten bisher an den Mehrheitsverhältnissen an der Saar, die sich zuletzt am 22. Juli im Patt im Landtag dokumentierten.

Projekte wie FRAG passen in das Konzept christdemokratischer Medien-eroberungsstrategen, die schon seit geraumer Zeit durch systematische Auswertung und Kontrolle von Sendungen sowie durch Druck auf unbequeme Programme und Programm-Macher ihren Kampf um den politischen Meinungsträger Rundfunk nicht selten erfolgreich ausfochten und jetzt offenbar einen Quasi-CDU-Hausender installieren wollen. Die von CDU-Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger im baden-württembergischen Landtagswahlkampf aufgekochte "Einheitswurst" soll den saarländischen Bürgern serviert werden.

Das Rundfunkgesetz, laut CDU-Ministerpräsident Dr. Röder eine "saarländische Besonderheit, die für uns in jeder Hinsicht nützlich ist", eröffnet noch zusätzliche Möglichkeiten des kommerziellen und vollendeten politischen Mißbrauchs: Würde zum Beispiel der öffentlich-rechtliche Rundfunkbegriff des Staatsvertrages von 1974 für das Kabelfernsehen unterlaufen, dann könnten im Saarland kommerzielle und private Pilotprojekte gestartet werden.

Da die Saar-CDU neuerdings ihr eigenes Kind verleugnet, indem sie in öffentlichen Erklärungen eine Lizenzierung der FRAG ausschließlich taktische Gründe. Die CDU, seit einiger Zeit im medienpolitischen Zwielicht, möchte nicht durch eine Entscheidung zum falschen Zeitpunkt vollends als Funkhaus-Stürmer entlarvt werden. Ruhe ist wichtig - Ruhe vor dem Sturm.

Doch allein die Möglichkeit der Lizenzierung privaten und kommerziellen Rundfunks ist angesichts der Monopolstruktur der saarländischen Medienlandschaft - eine Tageszeitung und ein Sender - eine gefährliche Waffe in der Hand einer Landesregierung, deren Kaderpartei CDU sich schon oft in Anschlägen auf die Meinungsvielfalt geübt hat.

Manfred Godek
(-/20.8.1976/mie/e)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Jesus und die Freiheit

Der Stuttgarter Pfarrer Dr. Jörg Zink sprach am 14. August 1976 im Deutschen Fernsehen das "Wort zum Sonntag". Wir geben den Text im Wortlaut wieder:

"In einem Wahlkampf legt man natürlich nicht jedes Wort auf die Goldwaage. Niemand ist ganz so schlecht, wie er gemacht wird und keiner meint ganz so streng, was er sagt. Und die meisten Wahlredner wären gerne ein wenig genauer, wenn sie nur dürften. Wir rechnen ihnen also nicht jedes Wort zu und nehmen sie doch weiterhin ernst.

Es ist auch nicht meine Aufgabe, für eine Partei zu reden. Ich glaube, daß ein Christ ziemlich weit nach links oder nach rechts wählen kann, je nach den politischen Zielen, die er verfolgt. Meine Sache ist lediglich, zu prüfen, ob das, was man dabei auf dieser oder jener Seite als christlich ausgibt, christlich ist. Und da fällt mir auf, daß man wieder einmal landauf und landab fleißig die politischen Interessen und die religiösen Beteuerungen mischt. Man spricht von Freiheit und Solidarität, von der Gleichheit der Menschen und von ihrer Sicherheit, und alles erscheint dann irgendwie christlich. Was man jeweils unter Demokratie, unter Recht und Ordnung, unter Moral und unter den Grundwerten versteht, ist natürlich nichts als die reine christliche Wahrheit. Und schließlich gibt es kaum noch ein Hiebwort oder Schlagwort in der politischen Werbesprache, den man nicht u. a. auch noch einen christlichen Sinn abgewinnt. Und das scheint mir gefährlich, weil es in die Unwahrheit führt.

Früher glaubte man, Gott fordere die Liebe zum Vaterland. Also kam die Kirche und segnete die Waffen. Das haben wir hinter uns. Heute liebt man die freie Marktwirtschaft und das freie Eigentum. Also segnen viele

Politiker, was ihnen heilig ist, mit christlichen Worten. Aber was ist daran eigentlich christlich? Und wenn einer eine ganz andere Sozialordnung will, was ist daran unchristlich?

Zu Jesus kam einmal ein Mann und sagte: 'Meister, Sorge dafür, daß ich mein Erbe bekomme.' Da fuhr ihn Jesus an: 'Mensch, ich bin doch nicht Dein Rechtsanwalt. Wenn Dir so viel an Deinem Geld liegt, dann sieh selbst zu.' Jesus hat dies nur als Beispiel, nie für das private Eigentum gesprochen, aber auch nie für seine Enteignung. Er fragte ganz anders: 'Wie frei bist Du von Deinem Geld? Für wen gibst Du es aus? Wer ist Herr in Deinem Haus? Du oder Dein Geldschrank? Trainiere die Unabhängigkeit von Deinen Interessen und kümmere Dich um die Menschen. Mach Dein Geld zu einem Instrument, mit dem Du Gerechtigkeit schaffst.'

Das bedeutet, wenn wir hierzulande schon so pausenlos von Freiheit reden, nach Jesus etwas sehr wichtiges: Wer etwas hat und nicht fähig ist, auch einmal gegen seine materiellen Interessen zu entscheiden, wenn es um Gerechtigkeit geht, und zwar von sich aus und mit leichtem Herzen, wäre er kein freier Mensch. Und bei dieser Art Freiheit beginnt allenfalls der christliche Glaube. Ich vermute, Jesus würde in unserem Land heute so wenig eine Wahl gewinnen, wie zu seiner Zeit in Jerusalem. Was wir so christlich nennen, paßt in die meisten Parteien irgendwie hinein. Was er wirklich gesagt hat, in keine einzige. Das sollten wir uns hin und wieder deutlich machen.

Ich wünsche uns allen einen Wahlkampf, in dem wir mehr freie Menschen kennenlernen, einen Wahlkampf mit weniger christlichen Verbrämungen auch und Ihnen einen guten und nachdenklichen Abend." (-/20.8.1976/ni/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert